

Stellungnahme zum: Modellprojekt „Erziehungshilfe, Soziale Prävention und Quartiersentwicklung“ (ESPQ) in Bremen. Wissenschaftliche Begleitung Prof. Olk (Halle)

Mechthild Seithe

Das Bremer Bündnis für Soziale Arbeit hat um Unterstützung gebeten bei der Einschätzung der Vorgänge in der Jugendhilfe Bremen. Nach 4 jähriger Projektdauer des Projektes „Erziehungshilfe, Soziale Prävention und Quartiersentwicklung“ (ESPQ) (Wissenschaftliche Begleitung Prof. Olk u.a. , Halle), das in nur einem Bremer Stadtteil durchgeführt wurde, steht jetzt offenbar die Verallgemeinerung der Modellergebnisse und deren Folgerungen ins Haus.

Gegen die Ausweitung auf alle Sozialzentren in Bremen mithilfe des fortbildenden Institutes „Lüttringhaus“ protestierten die Wohlfahrtsverbände (LAG Soziales) im August 2013 und forderten ihre Beteiligung an dem Prozess ein. Der Personalrat im Jugendamt (in Bremen „Amt für Soziale Dienste AfSD“ genannt) legte Widerspruch ein. Letzterer sowie das Bremer Bündnis Soziale Arbeit befürchten eine weitere Ökonomisierungswelle: „Neue Aufgaben aber kein zeitlicher und personeller Ausgleich“. Die vergangenen Erfahrungen in der Kinder- und Jugendhilfe legen solche Befürchtungen mehr als nah.

Als Informationen liegen zur Bewertung vor:

- Der Zwischenbericht der Wissenschaftlichen Begleitung durch die Uni Halle von April 2013 für die Jahre 2011-2012
- Die Vorlage für die 06. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 29. Juni 2012, bzw. identische Vorlage für die Sitzung der städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend am 5. Juli 2012
- Das Protestschreiben der Wohlfahrtsverbände (LAG) an den Jugendhilfeausschuss vom 22.8.2013

Anhand der vorliegenden Papiere soll versucht werden, das Modellprojekt selbst und seine derzeit geplante generelle Umsetzung einzuschätzen und entsprechende Kritikpunkte zu benennen. Außerdem werden wir konkrete Forderungen (am Ende dieses Textes) aufstellen, die aus fachlicher Sicht zu erfüllen sind.

1. Politische Einschätzung

1.1 Keine Ergebnisoffene wissenschaftliche Vorgehensweise

Zunächst und vor jeder anderen Betrachtung und Argumentation muss Folgendes festgehalten werden:

Die pragmatische Übernahme der Auftragsstellung ‚Kostensenkung im Bereich der ambulanten Hilfen zur Erziehung‘, die geschieht, ohne sie wenigstens fachlich zurechtzurücken oder zu kommentieren, diskreditiert die gesamte Konzeption und den Ansatz des Modellprojektes.

Wobei es nicht darum geht, dass die Fragestellung: „Müssen wir so viel Geld ausgeben und geben wir das Geld für das Richtige aus?“ etwa nicht legitim wäre. Die Vermeidung von Opportunitätskosten oder von Kosten, die durch Unfachlichkeit entstehen, ist eine Einsparmöglichkeit, die durchaus sinnvoll und im Grund erforderlich ist.

Bei der oben genannten Grundsatzkritik an diesem Modell geht es vielmehr darum, dass hier der Wille der Politik zum unbedingten Kostensparen im Rahmen von Kinder- und Jugendhilfe von Vertreterinnen der Disziplin ohne Bedenken akzeptiert und mitgetragen wird.

Damit aber wird von Olk et. al die Haltung der politischen Kräfte akzeptiert, die es für legitim halten, im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe willkürliche Kostenbegrenzungen zu setzen, egal welche Anforderungen von der Sache her im Raum stehen. (Eine Haltung, die z.B. der Berliner Flughafen oder die Bankenrettungen nie erfahren haben.)

In Folge dieser Eingangseinstellung der WissenschaftlerInnen verbietet sich im Anschluss für das Projekt wie für seine Wissenschaftliche Begleitung logischerweise manche Überlegung von vorneherein. Z.B. gibt es keinerlei fachliche Reflexion der Bedeutung von Intensität und Dauer von Hilfen. Diese werden ausschließlich als Kostenfaktoren, nicht als Variablen im Kontext von sozialpädagogischer Wirksamkeit betrachtet. Und es folgt vor allem zwangsläufig eine Tabuisierung der ambulanten Hilfen zur Erziehung, und zwar speziell der beiden familienbezogenen Hilfen (mehr dazu weiter unten).

Bevor konkrete Hilfeformen als zu teuer und als deshalb möglichst zu vermeiden stigmatisiert werden, wäre es aus fachlicher und wissenschaftlicher Sicht notwendig gewesen, zunächst einmal zu fragen: 1. Was könnten und sollten sozialpädagogische Familienhilfe bzw. Erziehungsbeistandschaft leisten, was über eine (auch über eine wieder sozialpädagogisch orientierte; s.u.) Beratung durch den ASD hinausgeht? 2. Bei welchen Problemlagen sind sie die notwendigen und geeigneten Hilfen? 3. Welche Bedingungen bräuchten sie, damit sie das leisten können.

1.2 Ignoranz gegenüber den Hintergründen des gegenwärtigen Zustandes der Hilfen zur Erziehung

Bemerkenswert ist zum Weiteren, dass im Rahmen des Projektes an die Frage niemals gerührt wird, wie es überhaupt zu der derzeitigen Deformation von ASD-Praxis, die sich heute meist nur noch auf Verwalten, Kontrollieren und das Outsourcing von Diagnostik und Sozialpädagogik an freigemeinnützige Träger beschränkt, kommen konnte und ebenso, was die besagten ambulanten Hilfen derartig inflationär und „zahnlos“ gemacht hat.

Für Bremen kennzeichnend waren in den letzten 20 Jahren folgende Entwicklungen und Strategien:

- Die von der Großen Koalition von CDU/SPD und dem Sozialressort betriebene „Verwandlung“ von Sozialarbeitern*innen in Casemanager und die brutale Ökonomisierungswelle „vor Kevin“ (also bis Herbst 2006) mit dem damaligen Jugendamtsleiter Hartwig, der nach dem tragischen Tod von Kevin seines Amtes enthoben wurde, wie übrigens auch die Sozialsenatorin „ihren Hut nehmen“ musste.
- Die Zeit „nach Kevin“ nachdem Bürgermeister Böhrnsen im Fernsehen verkündete, dass so etwas nie wieder passieren dürfe und seinem historischen Satz: „Dann bauen wir eben eine Strasse weniger, wenn es sein muss.“ (Heute, wo die Schuldenbremse alle Entscheidungen dominiert, leider nicht mehr so selbstverständlich.) Dem nachfolgenden Untersuchungsausschuss und dem Fokus auf Kinderschutz mit den von Prof. Wolff geleiteten Fortbildungen des Kronberger Kreises für Qualitätsentwicklung. Ab 2007 wurden alle „Bewilligungs-Schleusen“ für extern vergebene ambulante Familienhilfen geöffnet.
- Ab 2011 übernahmen die Grünen das Sozialressort und „vertrieben“ den seit 2007 im Jugendamt sehr beliebten Leiter Marquard und versuchten, das Amt für Soziale Dienste als eigenständige Einheit abzuschaffen und in eine der Sozialsenatorin direkt

weisungsgebundene Abteilung 4 zu verwandeln. (Das Bremer Bündnis hat im Mai 2012 pressewirksam gegen diesen Angriff auf die Fachlichkeit Stellung bezogen)

Durch die Nichtthematisierung dieser Prozesse und die Nichtbeachtung ihrer meist deprofessionalisierenden Folgen im Rahmen der Aussagen des Modellprojektes, entsteht automatisch der Eindruck, als handle es sich beim gegenwärtigen desolaten Zustand (diese Einschätzung teile ich durchaus; s. u.) der Arbeit im ASD und in vielen ambulanten Hilfen um fachliches Versagen der Profession. Damit diskreditiert Olk die Profession und speziell die Hilfen zur Erziehung, spricht aber den Staat von jeder Schuld z.B. für die Anwendung der Neuen Steuerung im Sozialbereich frei. Er negiert dessen Verantwortung für eine fachlich inakzeptable Entwicklung von ASD-Arbeit und ambulanten Erziehungshilfen, wie sie in den letzten 20 Jahren stattgefunden hat. Der „Sozialraum- Ansatz“ scheint nun der Retter in der fachlichen Not und alles was er vertritt, ist angeblich Neuland und unglaublich bemerkenswert.

Olk ignoriert so die massiven Folgen, die die Neue Steuerung und die Ökonomisierung der sozialarbeiterischen Fachlichkeit systematisch angetan haben.

1.3 Es stellt sich die Frage, wie die Politik mit den Ergebnissen umgehen wird

Damit aber bleibt leider auch die Frage im Raum stehen:

Wird Olk sich z.B. wehren, wenn aus seinem fachlichen Projekt später in der Praxis etwas anderes wird? Politik pflegt von den Ergebnissen eines Modellprojektes meist nur das herauszulesen, was in ihren Augen nützlich ist. Und sie vernachlässigt dann nicht selten andere fachliche Notwendigkeiten, die im Modellprojekt eine entscheidende Rolle gespielt haben, auch dann, wenn von wissenschaftlicher Seite dies immer wieder betont wurde. Sie hat ihre Gründe dafür, Kostengründe. Diese Erfahrungen macht die Praxis seit vielen Jahren überall da, wo „Sozialraumorientierung“ als politisches Steuerungsmodell der Verwaltung Realität geworden ist.

Befürchtet werden muss z.B., dass die Bremer Jugendhilfeverwaltung in Zukunft die von Olk eingeführte „neue“ Fachlichkeit vom ASD verlangt, ohne aber die personelle Aufstockung in allen Stadtteilen in der Größenordnung zu vollziehen, wie dies im Modellprojekt geschah- obwohl diese immer wieder als unabdingbare Voraussetzung eines Gelingens genannt wurde. Offenbar gibt es jetzt, im Jahre 2014, wo die flächendeckende Umsetzung ansteht, Befürchtungen, dass genau das passieren könnte – mit dem Ergebnis,

- dass die ASD Mitarbeiter noch mehr unter Druck geraten und trotzdem keine sozialpädagogische Arbeit leisten können,
- dass die Sozialpädagogischen Familienhilfen aber halbiert, diskreditiert und tabuisiert werden und die neuen „Wundermaßnahmen“ nicht dafür sorgen können, dass KlientInnen bei einem entsprechenden Bedarf – bevor es zur Kindeswohlgefährdung kommt – persönliche und intensive Hilfe erfahren,
- dass Bremen dann pro Jahr nicht nur 500 000 Euro pro Bezirk in den ambulanten Hilfen einspart, sondern auch noch die 200 000 Euro, die nach Olk für die personelle Mehrbesetzung des ASD je Stadtteilteam (mit zusätzlich etwa 6 Stellen) ausgegeben werden müssten. (Siehe Anhang: Sozialzentren, Stadtteile und Organigramme Sozialressort)

Warum aber, so fragt man sich angesichts der Ignoranz von Olk gegenüber den Folgen der Neuen Steuerung, sollte er in diesem Falle zu einer solchen Entwicklung nicht auch schweigen?

Wenn im Folgenden in dieser Stellungnahme immer wieder gesagt werden muss, dass es offen bleibt, was die Politik schließlich aus den zum Teil guten Vorschlägen dieses Modellprojektes machen wird, dann speist sich diese Unsicherheit und dieses Misstrauen genau hieraus: Da Olk die Gefahren und bisherigen Folgen der Neuen Steuerung, der Ökonomisierung, der Verbetriebswirtschaftlichung, der Vermarktlichung nicht sieht, beziehungsweise sie tabuisiert, muss auch jetzt damit gerechnet werden, dass er einer Instrumentalisierung seines Ansatzes einfach neutral zuschauen wird. Ähnliches machen Hinte und Budde, wenn sie die fachfremden und kontraindizierten Entwicklungen ihrer „Sozialraumorientierung“ in der Praxis zu Kinderkrankheiten erklären und gelassen abwarten, dass und ob sie sich geben.

Was hier zur Stellungnahme und Kritik vorliegt, ist ein wissenschaftlich geleitetes Modell, nicht das, was jetzt schon oder später von der Politik daraus gemacht wird. Das sei der fachlichen Einschätzung vorausgeschickt und unter diesen Vorzeichen sind die Aspekte zu sehen, die im Folgenden – durchaus auch mit positivem Akzent, festgehalten werden.

2. Fachliche Einschätzung des Modellprojektes

Der kritischen Einschätzung der fachlichen Seite des Modellprojektes soll zum besseren Verständnis zunächst folgende Einschätzung der gegenwärtigen Lage von ASD und ambulanter Hilfe vorausgeschickt werden:

2.1 Ausgangslage

Faktisch ist ja Folgendes in den letzten Jahrzehnten geschehen: Der ASD hat gegenwärtig keinerlei Zeit und Möglichkeiten mehr, sich als sozialpädagogische Instanz zu bewähren. Längst werden kontinuierliche, persönliche, motivierende, diagnostisch orientierte sozialpädagogische Kontakte mit KlientInnen nur noch selten geführt. Man schiebt stattdessen diese Arbeit den ambulanten Hilfen zu, die man damit zum einen überfordert, zum zweiten falsch einsetzt. Hier werden Aufgaben der federführenden sozialpädagogischen Kraft einfach aus der Verantwortung des öffentlichen Trägers weggegeben. Hier hat eine ungute Aufgabenverschiebung stattgefunden, die fachlich überhaupt keinen Sinn macht

Man schiebt also die ASD Aufgaben an die ambulanten ErziehungshelferInnen. Gleichzeitig wurden deren Arbeitsbedingungen so sehr zusammengestrichen, dass sie für ihre Familien selbst nur noch so wenig Zeit haben, dass sie faktisch auch nichts anderes tun können, als sporadische Gespräche zu führen. Sie haben heute in der Regel für ihre Familien kaum mehr Zeit, als es der ASD sie hätte, wenn er - wie im Modell - durch personelle Aufstockung wieder fachlich-sozialpädagogisch arbeiten dürfte. Dass heute manche Jugendämter meinen, nicht nur sie, sondern auch die FamilienhelferInnen mit ihnen zugeordneten fachfremden Hilfskräften z.B. machten Fallmanagement, zeigt deutlich, dass man zusammen mit dieser Verschiebung die Notwendigkeit für das, was eine Hilfe zur Erziehung leisten könnte, völlig aus den Augen verloren hat.

Hier setzen Olk et al. mit ihrer Konzeption an:

Im Folgenden sollen die fachlichen Konzepte und Vorstellung in ihren durchaus positiven Aspekten und hinsichtlich ihres Grundfehlers bewertet werden:

2.2 Positiv zu bewertende Aspekte

2.2.1 Es gibt durchaus Aspekte der Vorstellungen und praktischen Umsetzungen im Modellprojekt, die man aus fachlicher Sicht begrüßen muss.

- Olk setzt sich dafür ein, dass der Allgemeine Soziale Dienst wieder fachliche, sozialpädagogische Arbeit leistet. Das, was Olk als neue Fachlichkeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes forciert, implementiert und umzusetzen versucht (durch Fortbildung und organisatorische Strukturen), das ist weitgehend genau das, was eine lebensweltorientierte Soziale Einzelfallarbeit seit Jahrzehnten fordert.
- Olk stellt es zu Recht als selbstverständlich dar, dass der ASD, soll er denn wieder sozialpädagogische Aufgaben wie Diagnose und Beratung übernehmen, personell massiv verstärkt werden muss. Er stellt fest, dass die MitarbeiterInnen Freiräume brauchen für eine gute, durchdachte Arbeit, für fachlichen Austausch untereinander, für das „genaue Schauen“.
- Der erste Hilfeplan muss laut Olk und wie im Gesetz vorgesehen vor Maßnahmebeginn erstellt werden.
- Der ASD macht wieder Diagnose und Beratung, reicht die Fälle nicht einfach nur an ausführende Träger weiter, die dann ihrerseits bei null anfangen müssen. Er betont die Erforderlichkeit einer guten Diagnose und eines genauen Schauens. Auf alle Fälle soll auch mit den Adressaten zusammen diagnostiziert werden.
- HzE –Maßnahmen werden neu geschaffen (§27 a), das heißt, man distanziert sich vom Schubladendenken des „Hilfekanons“, der eher ein Missverständnis der Verwaltung ist, als dass er fachlichem Denken entspringt. Das heißt, man setzt die Aufforderung des KJHG um, kreativ, individuell und sozialraumorientiert und vor allem individuell passende, auch neue Hilfen zu kreieren, die nicht schon im Katalog enthalten sind. Was diese Hilfen leisten können und wie sie ausgestattet sind, müsste geprüft werden.
- Olk will damit ermöglichen, dass sich die ASD-MitarbeiterInnen mehr mit den Lebenslagen und der Lebenswelt der AdressatInnen auseinandersetzen.
- Er will die Ermöglichung passgenauer Hilfen durchsetzen. Die Auseinandersetzung machen für ihn passgenauere Hilfen erst möglich.
- Adressatenwille, Subjektorientierung, Aushandlung werden von Olk et al. bewusst herausgestellt. Es soll nicht am oder für den Klienten gearbeitet werden sondern mit ihm.
- Er sieht auch die Notwendigkeit, den ASD MitarbeiterInnen mehr Sicherheit und Luft und Freiraum zum Nachdenken zu verschaffen.

Olk weist dem ASD also ganz klar (wieder) sozialpädagogische Aufgaben zu.

Wieweit hier allerdings wirklich pädagogische Arbeit gemeint ist, bleibt fraglich. Von ihm gewählte Begrifflichkeiten für die Arbeit des ASD wie Case Management, Beobachtung etc. lassen befürchten, dass letztlich doch nur Fallmanagement geleistet wird. Auf alle Fälle aber wird im Konzept des Modellprojektes nicht versucht, die angespannte Lage im ASD durch eine Abschiebung der Problematik zur Schule und eine Abschiebung zu sozialräumlichen Angeboten zu lösen. Zumindest wird dazwischen eine sozialpädagogisch gedachte Beratungsphase des ASD geschaltet, die mehr als 3 Gespräche umfasst und bis zu 10 Monate dauern kann. In diesem Rahmen wäre auch aus unserer Sicht eine sinnvolle Kooperation mit Stadtteil und Schule möglich. (Aber Achtung: Die Politik (die Sozialdeputation) betont an erster Stelle - im Unterschied zum Konzept von Olk et al. - schon 2012 vor allem Prävention und Schulkooperation –obwohl das nicht so im Zwischenbericht des Modellprojektes steht)

2.2.2 Die fachlichen Vorstellungen zur Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes weisen folgende wichtige und zum Teil aus fachlicher Sicht positive Merkmale auf:

- Man kann nicht feststellen, dass im Konzept des Modellprojektes von mehr Kontrolle, von Disziplinierung oder auch von mehr Dokumentation oder mehr Bürokratie die Rede ist. Was Olk möchte ist mehr Fachlichkeit des ASD, keine Frage. Was später daraus gemacht wird, ist ein anderes Problem, denn die Kontrollbedürfnisse des Staates sind ja da und z.B. bietet die favorisierte Methode Case Management dafür gute Voraussetzungen.
- Die Bedeutung einer personalen Verstärkung des ASD wird als wichtigste Voraussetzung genannt und nicht etwa versteckt. Tatsächlich werden die Personalkosten des ASD mit den eingesparten Mitteln verrechnet. Auch die Politik nimmt diese Personalausstattungsnotwendigkeit zumindest 2012 in den Mund und scheint sie zu akzeptieren.
- Olk geht von der Einteilung: Grauzone, Leistungsbereich und Gefährdungsbereich aus. Er weist den Leistungsbereich zwar nicht grundsätzlich ab, wie es heute nicht selten Praxis in Jugendämtern ist, sieht für ihn aber vor allem den Einsatz von ASD-Beratung und Stadtteilressourcen vor (hier setzt unsere Kritik an, s. u.)
- Interessant und durchaus aber positiv ist: Olk löst sich von der Fixierung auf die Kindeswohlgefährdung.

2.2.3 Die „Sozialraumorientierung“ , wie sie im Rahmen des Modellprojektes vertreten und vermittelt wird, wird hier deutlicher fassbar und erscheint nicht nur als Floskel

- Die fachliche Darstellung und Konkretisierung der „Sozialraumorientierung“ von Einzelfallarbeit des ASD unterscheidet sich von oft den eher plumpen Vorstellungen einer „Sozialraumorientierung“
- „Sozialraumorientierung“ ist so, wie Olk sie einführt , nicht als Synonym für Ökonomisierung gemeint.
- Die Möglichkeiten der fallspezifischen Beachtung der „Sozialraumorientierung“ werden fachlich sehr angemessen und praktikabel vorgestellt.
- Die Sozialraum-Analyse des betreffenden Stadtteils ist solide und ihre Bedeutung für die Einzelfallarbeit wird durchaus offenkundig.
- Die „Integration sozialräumlicher Methoden in den Arbeitsalltag“ wirkt überzeugend, realistisch und unspektakulär.

2.2.4 Durch die Heranziehung des ASD zu fachlichen, sozialpädagogischen Aufgaben übernimmt der Staat wieder Verantwortung.

- Die Verantwortung wird nicht länger auf freie Träger (und damit auch auf Unternehmen) abgeschoben. Das ist positiv zu sehen.
- Dass der ASD, der schließlich federführend ist, die Aufgabe hat, mit den Adressaten zu arbeiten und es nicht seine Hauptaufgabe ist, HzE zu vermitteln, ist fachlich völlig korrekt. Ein ASD, der wieder fachlich arbeitet ist seit langem notwendig!
Fraglich ist allerdings auch hier, was das dann bedeutet: - Arbeitet der ASD dann wirklich fachlich sachlich, oder aber ist er auf kostensparende Strategien festgelegt, auch dann, wenn sie nicht ausreichend und nicht sinnvoll sind? - Auch hier stellt sich die Frage, was das Sozialressort damit machen wird. Wird alles dann doch zur Kontrolle, zur Kostendämpfung, zur Bürokratisierung benutzt? Olk äußert sich dazu nicht, so wie er auch keine Beschreibung dessen liefert, was Gegenstand z.B. einer Beratung seiner Case ManagerInnen ist. Das bleibt unbeschrieben und kann somit sicher nicht nur fachlich, sondern auch mit den üblichen betriebswirtschaftlich orientierten Inhalten ausgefüllt werden.

2.2.5 Als positiv ist schließlich auch zu vermerken: Der Bericht strahlt eine relative Ehrlichkeit aus.

- Die pragmatische Absicht wird nicht verschleiert (Kostensenkung allerdings auch nicht reflektiert oder infrage gestellt). Wobei diese Ehrlichkeit die Sache selbst nicht besser macht!
- Die Voraussetzungen für eine Veränderung, auch wenn sie mehr Geld kosten, werden genannt ohne sie zu verstecken (Personal)
- Das Ergebnis ist sonnenklar und wenig spektakulär:
 - * Fallzahlen bleiben konstant (also wird der Bedarf nicht künstlich geschaffen).
 - * Inobhutnahme-Notwendigkeiten nehmen sogar ein wenig zu.
 - * Es gibt sogar mehr Fremdplatzierungen.
 - * Und es gibt auch mehr Einzelfallhilfen nach §34 und viele neue Hilfen nach §27 a.
 - * Es gibt eine deutliche Zunahme von Beratung und gleichzeitig
 - * gibt es eine deutliche (gesteuerte) Abnahme der Inanspruchnahme von SpFH und Erziehungsbeistandschaften (50% weniger)
 - * Und es gibt eine deutliche Abnahme der Kosten.

Kurz gesagt: Mehr Beratung durch den ASD bedeutet: weniger familienzentrierte ambulante Hilfen. Olk nennt offen sein Ziel und hält es hier für erreicht: Es geht also um eine einfache Verschiebung: mehr ASD Aktivität und weniger ambulante Hilfen.

2.2.6 Einschätzung dieser fachlichen Vorstellungen:

Nun ist festzustellen: Die heutige Praxis einer unreflektierten Verschiebung aller Fälle Richtung HzE ist tatsächlich höchst problematisch, weil hier die angemessene Vorbereitung, Motivierung, Diagnose, Indikationsstellung fehlen und damit Hilfen weder individuell passend noch strukturiert laufen werden. Wir halten es sehr wohl auch für wahrscheinlich, dass viele ambulante Hilfen zurzeit falsch liegen:

- weil sie vielleicht nur noch ein Alibi sind und Geld sparen sollen,
- weil sie zu hoch aufgehängt sind und durchaus weniger Aufwand möglich gewesen wäre,
- der ASD aber keine Zeit fand und die Sache untergebracht wissen wollte oder weil eigentlich hier nur Kontrolle gewollt ist usw.

Hier wird tatsächlich Geld umsonst, an der falschen Stelle ausgegeben. Die hier einzusparenden Kosten fallen unter die Art von Kosten, die Folge einer unzureichenden oder fehlenden Fachlichkeit sind. Ein Jammern freier Träger, die durchaus in der Vergangenheit von dieser unreflektierten Schwemme profitiert haben, halte ich hier wahrhaftig nicht für relevant.

Hinzu kommt allerdings: Dass viele HzE nicht greifen können, weil die notwendigen zeitlichen und sonstigen Ressourcen fehlen. Hier wäre dagegen möglicherweise mehr Geld notwendig, damit das Geld auch richtig eingesetzt ist.

2.3. Kritikpunkte

Aber, und damit komme ich zu den entscheidenden Kritikpunkten und Versäumnissen des Modellprojektes:

2.3.1 Ein tendenzieller Verzicht auf ambulante Hilfen zur Erziehung ist fachlich unangemessen

Es kann nicht die Konsequenz dieser Rückverschiebung des Falleinstiegs in den ASD selbst (s.o.) sein, ambulante Hilfen zur Erziehung dann am besten gar nicht mehr leisten zu wollen. Denn dort, wo sie

nötig sind und wo sie richtig sind (auch eine Frage einer guten Diagnostik) dort müssen sie geleistet werden, und sie müssen so ausgestattet sein, dass sie ihre Aufgabe dann erfüllen können. Solche Gedanken und Planungen finden sich im Modellprojekt aber an keiner Stelle. Der Baum der Hilfe zur Erziehung wird neu aufgebaut: Die Rolle des ASD wird wieder richtig definiert. Aber ein wichtiger Teil der Baumkrone wird gleichzeitig systematisch vernachlässigt und soll langsam vertrocknen. Wenn das passiert ist, kann man ihn getrost ganz entfernen. Ist das das Ziel der Veränderungen? Aus unserer Sicht sind damit ist die gesamte Argumentation und der gesamte „Neuaufbau“ fragwürdig.

Es soll nicht bestritten werden, dass es einen Sinn macht, auf den Einsatz von ambulanten Hilfen dann zu verzichten, wenn hier die Maßnahme Familienhilfe eingesetzt wurde für Aufgaben, die weder gut vorbereitet noch gezielt überlegt worden waren und die inhaltlich durch gute ASD Beratung und möglicherweise auch durch die aktive Nutzung vorhandener Ressourcen in der Lebenswelt der KlientInnen vielleicht sogar besser hätten bearbeitet werden können. Bis hierhin stimme ich den fachlichen Vorstellungen von Olk et a. zu. Aber das ist nur die eine Seite.

Denn wenn jetzt zu Recht gefordert wird, dass der ASD endlich wieder als sozialpädagogische Fachkraft tätig werden soll, glaubt man ganz offenbar, damit die Hilfen zur Erziehung überflüssig machen zu können. Und das ist ein vorschneller, wissenschaftlich und fachlich nicht zu vertretender Schluss, der den gezielten Vorabplanungen der Einsparung dieser Hilfen geschuldet ist.

Folge dieser Umorientierung müsste vielmehr auch sein, dass man jetzt endlich die ambulanten Hilfen wieder für die Arbeit einsetzt – und sie fachlich zusammen mit der Klientel im ASD gut vorbereitet- für die sie eigentlich vom Gesetz vorgesehen sind und für die sie qualifiziert sind. Viele Problemlagen können bei unserer Klientel nicht allein durch eine verbesserte ASD-Arbeit oder durch Gruppenangebote und gruppenspezifische Angebote nach §27a angemessen bearbeitet werden. Zwischen der „Kindeswohlgefährdung“ und dem von Olk et al. genannten Bedarf an „Hilfe im Alltag“ gibt es Problemlagen, die sehr wohl intensive Hilfe erfordern. Hier aber sind die KlientInnen angewiesen auf intensive, nicht eng befristete Hilfen, die eine gute Vertrauensbasis voraussetzen und als Beziehungsarbeit in der Lage sind, Veränderungen auch im psychosozialen Bereich - z.B. innerhalb von Familienbeziehungen - im und mit der Klientel anzustoßen und zu begleiten.

2.3.2. Die ambulanten Hilfen SpFH und Erziehungsbestand werden tabuisiert und negiert:

Diese Tabuisierung wird natürlich zunächst gesteuert durch die Auflage der Politik, ein kostensenkendes Konzept zu erstellen und die willkürliche Botschaft, ambulante Hilfen seien zu teuer und würden das Geld nicht wert sein, das sie Kosten.

Davon abgeleitet ergibt sich eine fachlich unangemessene und unerklärte Distanz zu diesen Hilfen: Sie werden weder inhaltlich vorgestellt, noch wird ein Vorschlag entwickelt, wie sie sich verbessern könnten. Man reflektiert nicht ansatzweise ihre potentielle Leistungsfähigkeit, ihre Besonderheiten und ihre Alleinstellungsmerkmale gegenüber den anderen Möglichkeiten der Hilfe.

Bei der festgestellten Zunahme der Hilfen nach §27a und der Zunahme der intensiven Einzelbetreuung nach § 34 kommt man zur Interpretation, dies sei Folge der Tatsache, dass die ASD-MitarbeiterInnen nun mehr ihren Blick auf die Lebenswelt der AdressatInnen gerichtet hätten als bisher. ambulante HzE und die Gründe für ihre Wahl werden inhaltlich nicht diskutiert. Was der Unterschied zu den neuen Hilfen nach §27a ist, wird nicht aufgezeigt. Ein Zusammenhang der SpFH und der Lebenswelt wird einfach gelegnet. So steht die Behauptung, die Wahl einer SpFH oder einer

Erziehungsbeistandschaft sei per se eine falsche, nicht durchdachte Wahl. Damit werden diese beiden Hilfen systematisch diskreditiert.

Ein solches Vorgehen ist nicht nur fachlich unangemessen, es ist auch schlicht unwissenschaftlich.

2.3.3 Entwertung intensiver Elternarbeit

Die Negierung und Tabuisierung gerader dieser beiden Hilfen zur Erziehung legt zudem den Eindruck nahe, dass es auch um eine Diskreditierung von Familienarbeit als solcher geht. (Es gibt zwar keine Aussagen gegen den Sinn von Familienarbeit. Der ASD arbeitet ja schließlich auch mit den Familien.) Man ist versucht, hier die Tendenz zu erkennen, Eltern, besonders benachteiligte und sogenannte bildungsferne Eltern, im Zweifel einfach auszuhebeln und quasi kalt zu stellen, ihnen die Verantwortung im Zweifel einfach aus der Hand zu nehmen und stattdessen verstärkt am Kind anzusetzen. Auf diese Weise würde man die Verantwortung der Eltern nur als deren Bringschuld interpretieren, nicht als ihr Recht. Denn schließlich leisten sie eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe, zu deren Bewältigung sie einen Anspruch auf Unterstützung haben.

2.3.4 Diskreditiert und negiert wird jede beziehungsbezogene Arbeit der SozialpädagogInnen

Olk geht von einer Zweiteilung der Anlässe für Hilfe aus: Auf der einen Seite steht die Kindeswohlgefährdung. Hier ist eine Tendenz erkennbar, die Fremdplatzierung zu favorisieren. Zum zweiten gibt es als Anlass noch die erforderliche „Hilfe im Alltag“. Und da reichen laut Olk in der Regel die Beratung des ASD und die Integration in Stadtteilangebote und der Ausbau von Ressourcen im Stadtteil und der Familie aus. Diese verkürzte Sicht entspricht übrigens genau auch den Vorstellungen von Hinte und anderen Vertreterinnen der „Sozialraumorientierung“.

Hier macht auch Olk es sich zu einfach:

- Negiert werden zum einen die massiven Problematiken von Minderjährigen und ihren Familien, die nicht oder noch nicht zu einer Kindeswohlgefährdung führen, dennoch aber einer intensiven und intimen Bearbeitung bedürfen.
- Negiert werden außerdem Kindeswohlgefährdungslagen, die ambulant bearbeitet werden können oder sogar müssen.
- Negiert wird überhaupt die Notwendigkeit, intensiv und persönlich mit Klienten zu arbeiten und bei ihnen Entwicklungsprozesse und Veränderungsprozesse anzuregen.

Was soll mit solchen Problemen in Zukunft passieren? Bemüht man sich dann lieber auch hier um eine Fremdplatzierung oder hofft man, dass der Kostenträger Krankenkasse hier Psychotherapien bezahlt. Oder spekuliert man in solchen Fällen mit einer Entlastung durch die Psychiatrie?

Es geht nicht um eine prinzipielle Ausweitung ambulanter, familienbezogener Hilfen zur Erziehung und auch nicht um eine Erhaltung des Status Quo in der ambulanten Hilfe per se. Es geht darum, dass Soziale Arbeit und hier Kinder- und Jugendhilfe sehr wohl für psychosoziale Problemlagen ihrer Klientel zuständig ist. Wo sie vorliegen und eine Lebensbewältigung verhindern, müssen sie angemessen bearbeitet werden.

Oder glaubt jemand, unsere Klientel hätte solche Problemlagen nicht, würde Leid und Angst nicht kennen, hätte keine Konflikte und Beziehungsschieflagen in ihren Familien? Solche Vorstellungen passen ja wohl eher in die arrogante Sicht der Unterschichtschelte.

Eine Kinder- und Jugendhilfekonzeption, die dieses Thema wie einen blinden Fleck behandelt, vernachlässigt ihre Klientel systematisch. Da, wo Hilfen zur Erziehung im Sinne von familienorientierten und intensiven psychosozialen aber natürlich auch ganzheitlichen und sozialraumorientierten Angeboten erforderlich sind, sind sie zu leisten und zwar so ausgestattet, dass sie diese Anforderung auch wirklich bewältigen können.

Und das gilt nicht nur für die ambulanten Hilfen selbst, das gilt genauso auch für den ASD. Wenn das Amt für Soziale Dienste sich – auch dann noch, wenn es wirklich ausgebaut sein würde, weiterhin auf Management und Steuerung, auf Ratschläge und Tipps beschränken würde und nicht bereit und in der Lage wäre, auf individuelle Problemlagen und Belastungen einzugehen, dann bedeutet die Ausweitung des ASD letztlich auch keine Verbesserung.

2.3.5 Unklare Begriffe und undefinierte Inhalte

Problematisch ist auch, dass Olk an vielen Stellen Inhalte offen lässt, was genau mit bestimmten Begriffen gemeint ist, so dass man befürchten muss, dass sie auch beliebig gefüllt werden könnten.

- Was Inhalt der Beratungssequenzen des ASD ist, bleibt ungesagt. Findet auch hier 10 Monate lang immer nur so etwas wie Fallmanagement statt? Oder arbeitet hier auch der ASD sozialpädagogisch und setzt z.B. auch sozialpädagogische Beratung, Beziehungsarbeit, Begleitung von Lernprozessen etc. als Arbeitsmethoden ein? An einer Stelle des Modellberichtes ist davon die Rede, dass die AfSD MitarbeiterInnen auf diese Weise selbst schon Hilfe zur Erziehung leisten. Auch dagegen wäre nichts zu sagen. Voraussetzung allerdings wäre, dass auch die AfSD-MitarbeiterInnen Zeit für Fortbildung zu Verfügung gestellt bekämen, um entsprechend subjektorientiert und z.B. auch ergebnisoffen arbeiten zu können. Wobei diese Formulierung nicht dazu missbraucht werden darf, dass damit die Notwendigkeit einer anderen, intensiveren Form von Hilfe zu Erziehung geleugnet wird.
- Auch die genaue Beschreibung der neuen Hilfen nach §27 a bleibt Olk schuldig. Was leisten sie? Wofür genau werden sie eingesetzt? Wie sind sie ausgestattet?
- Für Olk sind die MitarbeiterInnen im Allgemeinen Sozialen Dienst immer und auch weiterhin Case ManagerInnen. Nun gibt es auch Ansätze eines subjektorientierten, am Klienten ausgerichteten Case Managements. Vielleicht ist das hier gemeint? Vielleicht auch nicht. Die Aussagen der politischen Vertreterinnen sprechen interessanter Weise nicht mehr von Case ManagerInnen, sondern schon von FallmanagerInnen, was dann doch klar macht, dass hier vom ASD aus der politischen Ecke weniger Sozialpädagogik erwartet wird als Steuerung.
- Olk benutzt Begrifflichkeiten, die er nicht definiert und inhaltlich nicht untersetzt: Aber gerade hier stellt sich die entscheidende Frage: Was findet im ASD wirklich statt? Was bedeutet für ihn eine „verbesserte Lebenssituation“ der Klientel? Was wäre für ihn eigentlich Erfolg sozialpädagogischer Arbeit?
- Und schließlich: Was sind die tatsächlichen Inhalte der Fortbildung? Die Rede ist u.a. von der Entwicklung ‚handlungsstrukturierender Elemente‘ und ‚verbindlicher Arbeitsvorgaben‘. Das wären keine vorrangigen Ziele wirklicher Professionalität und beließe die ASD Arbeit erneut auf dem Niveau von ausführenden Organen der Verwaltung.

Fazit:

Abschließend muss man aus fachlicher Sicht folgende Aussagen treffen:

1. Die kritiklose Akzeptanz des Wunsches der Politik, egal wie, Kosten im Bereich ambulanter Hilfen zur Erziehung zu sparen, müsste deutlich zurückgenommen werden. Es kann nicht sein, dass es in unserer Gesellschaft Problemlagen innerhalb der Jugend gibt, die dringend einer intensiven Unterstützung und Lösung bedürfen und die trotzdem negiert werden und für die man sich nicht zuständig fühlt. Es müsste zudem von Seiten unserer Disziplin deutlich darauf hingewiesen werden, dass die Ersparungen an der Hilfe zur Erziehung, die vielleicht möglich sind, wenn man den ASD wirklich wieder in seine eigentlichen sozialpädagogischen Aufgaben einweist und damit die „falschen“ Hilfen zur Erziehung aussetzen kann, nur die eine Seite sind.

Eine, wie hier geforderte, fachliche Umsetzung einer wirklich qualifizierten und für die komplexen Problemlagen von Familien ausgewiesenen ambulanten Hilfe dort, wo diese notwendig ist, würde zweifellos auch Geld kosten, denn die derzeitige Ausstattung ist größtenteils völlig unzureichend. Hier wäre Klarheit und Ehrlichkeit angesagt. Wer aber unbedingt in diesem Bereich Kosten reduzieren will - den fachlichen, sozialpolitischen und ethische Notwendigkeiten zum Trotz – der wird dies nicht gerne hören. Olk wählt hier einen pragmatischen Weg, von dem er vielleicht hofft, auf diese Weise und wenn er mit möglichen Sparoptionen winkt, dringend erforderliche fachliche Selbstverständlichkeiten wieder re-installieren zu können. Aber er muss damit rechnen, dass diese Absicht nach hinten losgeht, wenn nicht die Forderung nach mehr, und zwar deutlich mehr Personal im ASD eingelöst wird..

2. Die massive Verstärkung der ASD-Teams in den einzelnen Sozialzentren und Stadtteilteams wäre für eine flächendeckende Umsetzung ein absolutes Muss. Olk betont immer wieder, dass die von seinem Modellprojekt erzielten Effekte (von Kostenreduktion wie von besserer Fachlichkeit) eine direkte Folge der personellen Ausweitung darstellt. 2012 hat die Politik diese Aussage offenbar akzeptiert, vielleicht aber nur für die Modellphase. Die als „Sozialraumorientierung“ vor gestellte neue Fachlichkeit des ASD kann ohne diese personelle Erweiterung (und zwar im konkreten Fall des Projektes um 6 volle Stellen) nicht geleistet werden. Würde sie dies heute nicht mehr beherzigen wollen, wäre die Folge, dass die MitarbeiterInnen noch stärker unter Druck gerieten und die Scheinheiligkeit in den Ämtern zum Himmel stänke.

3. Ohne eine fachliche Rekonstruktion der ambulanten, familienbezogenen Erziehungshilfen, eine fachliche Klärung ihrer Möglichkeiten und ihrer Aufgaben, wird die Wiedereinsetzung des sozialpädagogischen Fachkonzeptes für den Allgemeinen Sozialen Dienst nicht wirklich funktionieren, weil dann ungelöste Probleme im Raum stehen bleiben. Ihre Bagatellisierung, Vertröstung, Verschiebung dürfte sich in absehbarer Zeit rächen. Da wo massive, komplexe auch psychosoziale Problemlagen in Familien und in der Sozialisationsituation von Minderjährigen bestehen, muss die Kinder- und Jugendhilfe über Handlungsmöglichkeiten verfügen und hier tätig zu werden. Wenn sie sich aus der Verantwortung stiehlt, wird es zum einen gewaltige Folgekosten geben, wenn solche verschleppten Probleme entweder Heimerziehung unabdingbar machen oder vermehrt zu Kindeswohl gefährdenden Situationen führen. Zum zweiten würde die Jugendhilfe auf diese Weise zur Verschärfung der Problemlagen vieler Minderjähriger beitragen und die Zunahme von Selbsttötungen, psychosomatischen Erkrankungen und Gewalteskalation selber aktiv vorantreiben.

Berlin 08.02. 2014

Anhang:

1. Die 6 Sozialzentren des Amtes für Soziale Dienste in Bremen mit mehreren Stadtteilteams (Walle gelb hervorgehoben)

